

Schwarz-grüne Farbenspiele

Grünes Urgestein Micha Wendt analysiert Machbares und Unmögliches. Welche Reaktionen kommen aus dem „Versuchslabor Hamburg“?

Seite 2

Campus Rütli

Eine Chance für Neuköllner Kinder und Jugendliche - der Anfang ist gemacht. Dazu Fragen und Antworten.

Seite 4

Wahlrecht für alle

Hier, wo ich lebe, will ich wählen - Kommunales Wahlrecht auch für nicht EU-Wohnbürgerschaft, eine Kampagne aus NRW.

Seite 6

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 164, März/April 2008

Stimmt: Flugzeuge gehören nicht in die Stadt!

In Tempelhof geht es dieser Tage ruhig zu. Nur noch selten dröhnt eine Maschine über Nordneuköllner Hausdächer. Nur noch 800 Fluggäste verirren sich pro Tag auf das 500 Fußballfelder große Gelände, die Abflughalle ist meist menschenleer. Ende Oktober soll auch damit Schluss sein, der Flughafen endgültig der Geschichte angehören. Dann kann das riesige Areal von allen Berlinerinnen und Berlinern genutzt werden.

Genau das versucht die Interessensgemeinschaft City-Airport Tempelhof (ICAT) mit Unterstützung von IHK, CDU und anonymen Großspendern zu verhindern. Dazu hat sie den ersten landesweiten Volksentscheid Berlins initiiert. Die Argumentation basiert im Wesentlichen auf der Erinnerung an die Luftbrücke und der angeblichen wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens – und ist alles andere als stichhaltig. Tempelhof war unbestritten wichtig für die Versorgung West-Berlins während der Blockade. Die Erinnerung daran ist aber kein Argument für den Flugbetrieb, ein Museum auf dem Gelände würde die Geschichte stärker erlebbar machen. Auch die wirtschaftliche Argumentation führt in die Irre. Tempelhof bringt nicht etwa neue Investoren in die Stadt, sondern gefährdet den Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI). Dieser ist nicht weiter vom Stadtzentrum entfernt als der City-Airport in London, für den überdies wesentlich strengere Vorschriften für Flugzeuge und Piloten gelten als für Tempelhof. Zweitens würde ein Weiterbetrieb von Tempelhof den Ausbau von Schönefeld zum BBI gefährden, der höchststrichlerlich bestätigt auf der Schließung von Tempelhof und Tegel beruht. Damit würden dreistellige Millioneninvestitionen und zehntausende Arbeitsplätze vernichtet.

Tempelhof - Millionengrab und Sicherheitsrisiko

Der Flugbetrieb in Tempelhof - ohne die Unterhaltung der Gebäude - kostet den Steuerzahler überdies 16.000 Euro am Tag - Geld, das in Berlin an allen Ecken und Enden fehlt. Um halbwegs rentabel zu sein, müsste sich das Flugvolumen mehr als verfünffachen - mit der entsprechenden Belastung durch Lärm, Dreck und Absturzgefahren für

die Anwohner. 75 Prozent aller Flugzeugunfälle ereignen sich bei Start und Landung. Die Einflugschneise gehört zu den am dichtesten bebauten Gebieten Berlins, ein Absturz etwa im Schillerkiez hätte fatale Folgen. 2001 stürzte ein Flugzeug in unmittelbarer Nähe der Karl-Marx-Straße ab. Schieres Glück verhinderte damals eine Katastrophe.

Nachnutzung demokratisch und transparent gestalten

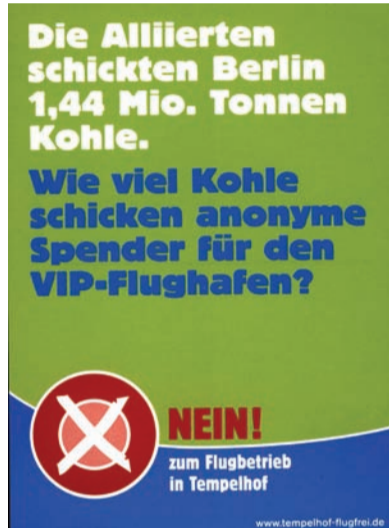
Bündnis 90/Die Grünen wollen schnellstmöglich die Zäune rund um den Flughafen fallen sehen. Das Gelände darf nicht länger mit fadenscheinigen Argumenten den Berlinern vorenthalten werden. Wir wollen die Nachnutzung in einem demokratischen und transparenten Prozess gestalten. Dabei muss ein großer Teil der Fläche unbebaut bleiben und für Naherholung, Sport und Freizeit zur Verfügung stehen. So kann etwa das im Sommer oft überfüllte Columbiabad dringend mehr Liegewiesen gebrauchen. Nicht das ganze Gelände soll auf einmal



Das soll dann der Letzte sein, für immer!

Foto: Gabriele Kantel

entwickelt und erschlossen werden. Solange können Zwischennutzungen - also nicht auf Dauer angelegte Projekte - die Potentiale des Geländes und der Gebäude zeigen.



Die Neuköllnerinnen und Neuköllner können wie alle Berlinerinnen und Berliner voraussichtlich am 27. April zum ersten Mal bei einem landesweiten Volksentscheid abstimmen und mit Ihrer Neinstimme das Gelände zurückfordern. Wird Tempelhof wie geplant Ende Oktober entwidmet, wird an dieser Stelle nie wieder ein Flugzeug starten. Mitten in der Stadt wäre ein Flughafen heute nicht mehr genehmigungsfähig. Damit würde die lange Debatte um die Schließung des Flughafens endlich ein gutes Ende nehmen. Die Berlinerinnen und Berliner können dann ihr Gelände wieder in Besitz nehmen. Deshalb:

Stimmt mit Nein!

Jochen Biedermann

Voraussichtlich am 27. April können alle wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner beim ersten landesweiten Volksentscheid über die Zukunft des Flughafens Tempelhof abstimmen.

Wer den Flugverkehr in Tempelhof beenden und das Gelände für alle Berlinerinnen und Berliner öffnen will, muss mit „NEIN“ stimmen. Wenn Sie uns in unserem Kampf gegen den Flughafen mit tatkräftiger oder finanzieller Hilfe unterstützen wollen, wenden Sie sich an unser Büro in der Berthelsdorfer Str. 9 (Kontakt- und Öffnungszeiten auf Seite 2).

Ristorante - Pizzeria
hausgemachte Nudeln
selbst importierte Weine
Steinofenpizza
Fischspezialitäten

Erkstr. 10 - 12043 Berlin
Tel.: 030 / 68 08 79 46



Neuköllns schöne Seiten

Die Rixdorfer Schmiede Böhmisches Dorf, Hausnummer 28



Wer kennt sie nicht, die alte Rixdorfer Dorfschmiede, am Rande des Böhmischen Dorfes in Neukölln gelegen. Seit Jahren denkmalgeschützt, besteht dieses kulturhistorisch bedeutsame Ensemble aus der eigentlichen Schmiede und einem Wohnhaus. Das Böhmische Dorf ist im Jahre 1737 durch Ansiedlung böhmischer Glaubensflüchtlinge zu seinem Namen und damit zu einiger Bedeutung gekommen. Dabei ist das Dorf selbst viel älter, denn bereits 1624 wurde die Schmiede erstmalig urkundlich erwähnt und hat seitdem eine wechselvolle Geschichte durchlebt. Lange Zeit war die Schmiede so etwas wie ein Zankapfel zwischen der Berliner Schmiedeeinnung und der Gemeinde Rixdorf, die sie schließlich 1797 kaufte, um sie gleich darauf an einen ansässigen Schmiedemeister wieder zu verkaufen. Dessen Familie schmiedete hier über 150 Jahre. Das Gebäude hat mehrfach sein Gesicht verändert, Umbauten und Erweiterungen gab es immer wieder. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erhielt die Schmiede dann nach und nach ihre heutige Form. Als eines der wenigen Gebäude überlebte die Schmiede den „großen Brand“ 1849 und wurde damit zu einem der insgesamt ältesten erhaltenen Gebäude Rixdorfs. Aber auch Abriss und damit das Ende drohten

einst der Rixdorfer Schmiede im Jahr 1911. In den 1960er und 1980er Jahren fanden dann letzte große Renovierungen statt... Natürlich wird die Rixdorfer Schmiede auch heute noch genutzt als das, was sie ist, eben als Schmiede: Traditionsgemäß als Kunst- und Messerschmiede. Seit August 2004 hat Gabriele Sawitzki, als Geschäftsführerin und technische Leiterin eines Fachbetriebes für design-orientierten Metallbau, nach 380 Jahren als erste weibliche Mieterin die „Herrschaft über das Feuer“ übernommen. Besucher können bei zahlreichen Veranstaltungen einen Einblick in das alte Handwerk gewinnen. Das angrenzende Wohnhaus hat nur noch bedingt mit dem Schmieden zu tun, denn hier tagt der Frauentreffpunkt Schmiede. Allerdings werden hier weder Kunst- noch Messerschmiedearbeiten gefertigt, hier werden Pläne geschmiedet, Pläne zur „Unterstützung und Beratung von Frauen in schwierigen Lebenssituationen“, insbesondere zur „Förderung des Schutzes für von Gewalt bedrohte Frauen“ durch Unterhaltung von Zufluchtswohnungen. So heißt es in der Satzung des Vereins *Frauenschmiede*. Und so gehört die Rixdorfer Dorfschmiede zusammen mit der *Frauenschmiede* zu den wirklich schönen Seiten Neuköllns. jüb

Berlins großer Bio Discount

Bio-Markenprodukte
Abholmarkt
Dauermiedrigpreise
Fachberatung
Ideal für den großen Bedarf

BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen

Allos, Götz, Martin Erbes NATUROST, bruno fischer, Voelkel, Elmu, Böhsener MÜHLE

Bergiusstr. 36 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) · 12057 Berlin
Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Telefon 030/68 05 66 61 · www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

Bericht aus Brüssel



Grünbuch für den Stadtverkehr

Die Europäische Kommission hat im September 2007 ein Grünbuch mit dem Titel „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ vorgelegt.

Das darin festgelegte übergeordnete Ziel besteht darin, die Mobilität in der Stadt so zu verbessern, dass die wirtschaftliche Entwicklung gefördert und die Erreichbarkeit innerhalb der Städte bei gleichzeitiger Anhebung der Lebensqualität der Einwohner verbessert wird. In diesem Zusammenhang benennt die Kommission die größten Herausforderungen für den Nahverkehr und diskutiert mögliche Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Im Grünbuch werden fünf Themenschwerpunkte besonders beleuchtet. Erstens: Die chronische Verkehrsüberlastung und deren negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Umwelt. Zweitens: Die zunehmende ökologische Bedeutung des Nahverkehrs. Drittens: Verbesserung der Mobilität in der Stadt durch innovative Technologien wie Intelligente Verkehrssysteme (IVS). Viertens: Die Zugänglichkeit der städtischen Verkehrsinfrastruktur. Fünftens: Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Nahverkehrs.

Nach einer Anhörungsphase, die im März 2008 endet, wird die Kommission gegen Ende des Jahres einen Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen vorlegen. Das Parlament muss seiner Pflicht, zu dieser Anhörung beizutragen, unbedingt nachkommen.

Ein weiteres Thema wird die ökologische Verantwortung sein, die die Verkehrspolitik tragen muss. Zu den Hauptgründen für die Erarbeitung des Grünbuchs zählen u. a. wichtige Belange im Bereich Lebensqualität und Gesundheit. Daher muss sich das Europaparlament auch mit der Frage befassen, ob die Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Nahverkehrs ausreicht.

Es sollte nicht nur eine bessere Organisation des Individualverkehrs angesprochen werden, sondern auch die wichtige Rolle der öffentlichen Verkehrsmittel hervorgehoben werden. Darüber hinaus sollten Fragen im Zusammenhang mit Sicherheit und Qualität sowie Zugänglichkeit und Zuverlässigkeit des Nahverkehrs erörtert werden.

Besonderes Augenmerk sollte auf die Benutzerfreundlichkeit aller Verkehrsmittel gerichtet werden, wobei auch die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu berücksichtigen sind.

Wenn der Wähler das Wort hatte:

Versuchslabor Hamburg

Wer mit wem, oder lieber nicht?

Auch wer grundsätzlich gegen schwarz-grüne Experimente ist, muss einräumen, dass einige Rahmenbedingungen in Hamburg nach den jüngsten Bürgerschaftswahlen durchaus günstig erscheinen. Mit Ole von Beust steht bei der CDU eine Person mit liberalem Image zur Debatte. Er hat zwar vor Jahren den „Richter Gnadenlos“ Schill zum Innensenator gemacht und sich mit seiner Zustimmung zur Wiesbadener Erklärung der CDU noch kurz vor der Hessen-Wahl hinter Roland Koch gestellt, dennoch steht er aus Sicht der breiten Öffentlichkeit nicht in der rechten Ecke.

Zu den günstigen Rahmenbedingungen zählt aus grüner Sicht auch, dass schwarz-grün keine Entscheidung gegen ein anderes Farbenspiel ist. Rechnerisch ginge wie in Hessen zwar auch rot-rot-grün, aber nachdem Gregor Gysi erklärt hat, er selbst würde den SPD-Spitzenkandidaten Naumann auch nicht wählen, ist diese Variante anders als in Hessen wohl schon erledigt.

Ein dritter Pluspunkt ergibt sich aus dem Scheitern der FDP in Hamburg. Dies ist nicht nur günstig, weil Zweier-Konstellationen generell einfacher zu managen sind als solche zwischen drei Beteiligten, sondern auch, weil die Hamburger CDU in der Vergangenheit durchaus bereit war, in wirtschaftliche Prozesse einzugreifen und nicht alles - wie die FDP - dem „freien Markt“ zu überlassen.

Kommt es in Hessen tatsächlich zu der dort zumindest theoretisch möglichen Kooperation von rot-rot-grün, wäre

das vielleicht sogar eine Unterstützung für schwarz-grüne Ambitionen in Hamburg. Denn gelänge es durch ein intelligentes Zeitmanagement die Entscheidungen in Hamburg und Hessen in großer zeitlicher Nähe zu fällen, so könnte die mögliche Entscheidung in Hamburg nicht so leicht zu einem bundesweiten grünen Richtungswechsel aufgeblasen werden.

Spätestens an diesem Punkt verdient auch die andere Seite der Medaille eine Betrachtung. Die kommunalen Bündnisse von CDU und Grünen konnten häufig nur dort erfolgreich auf den Weg gebracht werden, wo es zumindest auch darum ging, eine manchmal jahrzehntelange Vorherrschaft der SPD - oft verfilzt mit der öffentlichen Verwaltung und den kommunalen Betrieben - zu beenden. Zumindest diese Voraussetzung ist in Hamburg nun wirklich nicht vorhanden.

Als viel schwerwiegenderes Problem dürfte sich für die grüne Verhandlungs-

position allerdings sehr schnell erweisen, dass sie unter einem gewaltigen Legitimationsdruck steht. Schwachen Verhandlungsergebnissen mit der SPD konnte in der Vergangenheit immer mit dem „kleineren Übel“-Argument begegnet werden. So geht es in der aktuellen Hamburger Situation natürlich nicht. Historische Ironie dieser Situation ist, dass in den Verhandlungen mit der CDU erkennbar mehr heraus kommen muss, als unter Normalbedingungen mit der SPD. Konkret für Hamburg bedeutet das: Die grüne Zustimmung zum Elbeausbau war vor Jahren unter rot-grün verzeihlich, weil damals die SPD gedroht hat, ihn notfalls mit der CDU zu beschließen. Die gleiche Entscheidung heute oder morgen mit der CDU hätte wohl verheerende Wirkung, weil vielleicht eine andere parlamentarische Mehrheit möglich wäre. Und so würde es dann wohl eine ganze Wahlperiode weiter gehen. SPD und Linke kämen immer wieder mit Anträgen in die Bürgerschaft, die aus Sicht der Grünen durchaus Zustimmung verdient hätten, dann womöglich aus Koalitionsrason aber abgelehnt werden müssten. Es könnte zu einem verfluchten Leidensweg werden - und Leidenschaft wird in der Politik in aller Regel nicht belohnt.

Micha Wendt

SPD und Klimaschutz

Da geht nicht viel zusammen

Die SPD ist derzeit die klimaschädlichste Partei Berlins. So jedenfalls sieht es der energiepolitische Sprecher der grünen Abgeordnetenhausfraktion, Michael Schäfer. „Die SPD-Abgeordneten stellen die „laschesten“ Klimaschutz-Anträge und die SPD-Senatoren verhindern sogar deren Umsetzung. Die sogenannte Klimainitiative der rot-roten Koalition ist gründlich daneben gegangen. Mit ein paar unverfügbaren Anträgen wollte die Koalition ihr Versagen beim Klimaschutz überdecken, stattdessen macht das Antragspaket die Misere erst sichtbar“, das ist die niederschmetternde Beurteilung der sozialdemokratischen Klimapolitik durch den grünen Abgeordneten.

Im November hatten SPD und Linke beschlossen, in zukünftigen Energie-Lieferverträgen müsse der Senat den Lieferanten eine jährliche Effizienzsteigerung von einem Prozent abverlangen. Schon zwei Monate später scheint Finanzsenator Sarrazin (SPD) eben dies beim Fernwärmeliefervertrag für die Zeit ab 1.1.2008 zu ignorieren. Während das Abgeordnetenhaus „Ressourcensparen an Schulen und Kitas“ fördern will, strich Senator Zöllner die ohnehin geringe Unterstützung seines Hauses dafür zusammen. Aber auch die Koalitionsfraktionen von SPD und Linke selbst nehmen ihre Anträge nicht ernst. Für die von Rot-Rot beschlossene ener-



Grüne Forderung: Kein neues Kohlekraftwerk in Berlin, am liebsten auch nicht woanders, wo auch immer!

Foto: repro

getische Sanierung der öffentlichen Gebäude haben sie keinen einzigen zusätzlichen Euro in den Landeshaushalt eingestellt, obwohl jeder weiß: Wärmedämmung ohne Anschub-

finanzierung wird es nicht geben. Den Rest an Glaubwürdigkeit verspielt die SPD mit ihrer Unfähigkeit, Stellung gegen das geplante Kohlekraftwerk in Berlin-Rummelsburg zu beziehen. Selbst die SPD-Umweltpolitiker wissen, dass dieser Klima- und Wettbewerbskiller die Berliner Klimaschutzpolitik um Jahrzehnte

zurückwerfen würde. Aber der Regierende Bürgermeister Wowereit kuschelt vor Vattenfall und verhindert seit Wochen einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller fünf Fraktionen gegen den Bau dieses Klima- und Wettbewerbskillers. Man fühlt sich dabei erinnert an Zeiten, als der Regierende Bürgermeister der Stadt - damals noch Westberlin - Vorsitzender des Aufsichtsrates der BEWAG war und in dieser Eigenschaft sich auch damals schwer tat, das Verhalten des Stromversorgers zu kritisieren...

Während weitsichtige Politiker wie Arnold Schwarzenegger und Ken Livingstone den Klimaschutz als Führungsaufgabe und wirtschaftliche Chance erkannt haben, ist Wowereit noch weit davon entfernt. Schade für Berlin.

jüb

Grüne Positionen...

Sarrazins Märchenstunde

Über 5000 MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes sind jetzt im Stellenpool. Der Anteil derjenigen, die schon seit Jahren im Pool sind und schlichtweg nicht vermittelt werden können, steigt immer weiter an. In wesentlichen Teilen wird der Pool seinen Aufgaben nicht gerecht. So soll er eigentlich die MitarbeiterInnen weiterqualifizieren, um sie dann auf neue Stellen umzusetzen. Doch diese Qualifizierung findet faktisch kaum statt. Die eigentliche Aufgabe des Pools wird also nicht erfüllt. So ist es denn auch kein Wunder, dass die angeblichen Vermittlungserfolge im Wesentlichen auf Zufällen oder vom Pool nicht beeinflussten Entwicklungen beruhen. Durch die Gründung der bezirklichen Ordnungsämter konnten mehrere hundert Mitarbeiter dorthin versetzt werden, ebenso durch die Gründung der Jobcenter in den Bezirken. Davon abgesehen, reduzieren sich die erfolgreichen Versetzungen aus dem Pool auf einen Bruchteil der Sarrazinschen Erfolgszahlen. „Glaube keiner Statistik, die Du nicht selber interpretiert hast“, so lautet das Fazit aus den Sarrazinschen Märchenstunden.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Jochen Biedermann,
Tel: 0163 2891707
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de
Bezirksgruppe:
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

Kontakttelefone
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Stadtentwicklung, Grünflächen:
Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen:
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73
Gesundheit, Umweltschutz:
Gabriela Gebhardt 603 77 54
Homepage der Bezirksgruppe:
Jochen Biedermann, 0163 2891707
Soziales und Verkehr:
Bernd Szczepanski, 625 72 54
Wirtschaft:
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:
Jürgen Biele (jüb),
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Gabriele Vonnekold, Susanna Kahlefeld,
Jochen Biedermann, Anja Kofbinger, Bernd Szczepanski, Heinz Wagner, Bertil Wewer.
Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin
Anzeigenleitung:
Gabriela Gebhardt, 603 7754,
Mail: gabi.gebhardt@snaft.de
Druck: Henke Pressedruck GmbH

www.Naturkindchen.de



- Naturtextilien
- Secondhand Kleidung
- Holzspielzeug
- Stoffpuppen

kontakt@naturkindchen.de

Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

In ihrer Februar-Sitzung hatte sich die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung wieder eine anspruchsvolle Tagesordnung vorgenommen: Über 50 Drucksachen galt es zu bearbeiten.

Bebauungsplan Güterbahnhof Neukölln

Der Plan sieht die Ansiedlung eines Nahversorgungszentrums an der Hermannbrücke vor. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtplanung konnten sich nicht alle Bezirksverordneten anschließen. Eine Gegenstimme und eine Enthaltung der grünen Fraktion sollte auf Probleme der verkehrlichen Anbindung in unmittelbarer Nähe der Silbersteingrundschule hinweisen. Die SPD-Zahlgemeinschaftskollegen reagierten darauf – wiederum – mit Unverständnis.

„Langzeit“-Deponie

Schon seit mehr als zehn Jahren wird versucht, eine ehemalige Deponie mit vormals Westberliner Hausmüll in Großziethen abzudecken. Ursprünglich sollte der Bodenaushub vom Potsdamer Platz dazu erhalten. Ein mit dem Landkreis Dahme Spree vereinbartes Logistikkonzept sollte für Umweltverträglichkeit der Arbeiten sorgen. Wie diese vertragliche Regelung aussah und wie sie erfüllt werde, wollte die SPD in einer Mündlichen Anfrage vom Bezirksamt erfahren. Wie Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) erläuterte, werden die ursprünglichen Verabredungen mittlerweile nur unzureichend eingehalten. Eine geplante „Bauzeit“ von vier bis fünf Jahren ist nicht nur längst verstrichen, es wird vielmehr mit weiteren zehn Jahren gerechnet. Von der Absicht, mehr als 80 Prozent der Transporte mit der Bahn durchzuführen, ist nichts geblieben. Die Deutsche Bahn stellt keine Wagons zur Verfügung. Und so werden sich weiterhin hunderte von Schwerlast-LKW durch Neukölln und Rudow bewegen – zwischen den Bahngleisen beginnt Gras zu wachsen!

Elterngeld nach 14 Wochen

Zu lange Bearbeitungszeiten für Elterngeldanträge monierte die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Jutta Finger (SPD), und fragte das Bezirksamt nach dem „Warum“. Die grüne Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold nannte als Gründe: Sehr kurze Vorbereitungszeit bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, Probleme

mit der Software und ein sehr aufwändiges Prüfverfahren der Anspruchsvoraussetzungen. Eine Frage nach der Möglichkeit von Abschlagzahlungen musste die Stadträtin mit Hinweis auf die Gesetzeslage verneinen, versprach aber gemeinsam mit den Amtskollegen aller Berliner Bezirke sich um mehr Personal und eine „Vereinfachung des Gesetzes über eine Bundratsinitiative“ zu bemühen.

Zukunft des Krankenhauses Neukölln

In seltener Einmütigkeit brachte die BVV Neukölln ihre Sorge über die Zukunft des Krankenhauses Neukölln – Klinikum Vivantes – zum Ausdruck. Eine von allen Fraktionen des Hauses getragene Große Anfrage lautete: Treffen Berichte zu, dass Vivantes beabsichtigt, einen Neubau für das Krankenhaus Neukölln zu errichten, und welche Konsequenzen würden sich daraus ergeben? In ihrer Antwort bestätigte die zuständige Stadträtin für Gesundheit, Stefanie Vogelsang (CDU), dass die Krankenhausgesellschaft eine Kommission „Masterplan Vivantes 2015“ gebildet hat, die auch die Frage eines Neubaus untersuchen soll. Auf eine Bitte des Bezirksamtes um eine Stellungnahme, wurde ihm lapidar mitgeteilt, „Vivantes prüft die Möglichkeit einer Neustrukturierung“, die Versorgung der Neuköllnerinnen und Neuköllner bleibe aber bestehen. Eine Beschlussfassung kündigte das Unternehmen für Ende April an, und man würde dem Bezirksamt Neukölln „unaufgefordert eine Information zukommen lassen“. Kein Wort von Beteiligung oder Befragung des Bezirksamtes! Vogelsang erklärte für das Bezirksamt, es sei unvorstellbar, das Krankenhaus Neukölln aufzugeben... In Redebeiträgen aller Fraktionen wurde offenkundig, dass die Forderung des Bezirks, Daten und Fakten schnellstmöglich auf den Tisch zu legen, unterstützt wird. Die BVV als gewählte Institution ist zu informieren. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jürgen Koglin, rief emotionsgeladen „zur Verteidigung unseres Krankenhauses“ auf.

Bürgerbeteiligung ernst nehmen!

Dass der Vorrat an Gemeinsamkeit schnell erschöpft war, machte eine Große Anfrage der CDU deutlich. Es ging um die Frage, ob Bezirksamt und der Ausschuss für Verkehr und Tiefbau die Bürgerinnen und Bürger im

„Südwesten Rudows“ ausreichend am Zustandekommen eines Verkehrskonzeptes für dieses Gebiet beteiligt hat. Das Konzept war in einer Bürgerversammlung in Rudow vorgestellt und von den Betroffenen ganz überwiegend positiv beurteilt worden, auch die CDU konnte „wenig Haare in der Suppe“ finden. Dennoch kritisierte sie scharf, dass zu wenig Zeit zur Kenntnisnahme und für Ergänzungen gegeben wurde.

Der Wortführer der Kritiker, Christian Clemens (CDU), beklagte die Eile, mit der das Konzept nach der Vorstellung im federführenden Ausschuss durchgepeitscht wurde. Deshalb, so Clemens, hatte sich die CDU (wie auch FDP und Graue) nicht an der Abstimmung beteiligt. Ein mit der Anfrage verbundener Antrag der CDU, die Vorschläge zum Verkehrskonzept (nochmals) „einzeln zu bewerten und den Bürgern zukommen zu lassen“ wurde von SPD, Grünen und Linke abgelehnt.

Ergebnisse des Kita-Eigenbetriebes SüdOst

Die FDP-Fraktion wollte das wirtschaftliche Ergebnis des Kita-Eigenbetriebes SüdOst erfahren und stellte dazu eine Große Anfrage. Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold nahm detailliert Stellung: Das Jahr 2006 schloss für den Eigenbetrieb mit einem Defizit von 1,1 Millionen Euro ab, hervorgehoben hauptsächlich durch „Sondereinflüsse“, für die der Betrieb allein nicht haftbar gemacht werden könne: Auswirkungen von alten Teilzeitverträgen und die Besoldung der Erzieherinnen nach dem Tarif des Öffentlichen Dienstes. Für das Jahr 2007 deutet sich bislang kein Defizit an. Hier hat sich die Übernahme von Erzieherinnen aus dem Zentralen Stellenpool positiv ausgewirkt. Auf Nachfrage räumte die Stadträtin ein, dass zukünftig weitere Defizite nicht ausgeschlossen werden können. Eine Konsequenz daraus könne dann auch die Einstellung des Eigenbetriebes sein...

Arbeit für Fachausschüsse

Eine Vielzahl von Anträgen, von Verkehrsregelungen, Schulregelungen, Instrumente zur Arbeitsmarktpolitik, bis hin zu Ruhegemeinschaften auf städtischen Friedhöfen, wird die Arbeit der Fachausschüsse in den nächsten Wochen bestimmen. Die Neuköllner BVV will im Dezember – auf Antrag der SPD – das 100jährige Bestehen des Rathauses Neukölln „würdig begehen“. Die Fraktion der CDU, ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Klaus-Peter Mahlo, konnte sich nicht verneinen, in die derzeit laufende Debatte um die Schließung des Flughafens Tempelhof ein populistisch-nostalgischen Antrag einzubringen: Das Bezirksamt wird ersucht, eine würdige Veranstaltung zum Beginn der Blockade vor 60 Jahren zu planen...

Jürgen Koglin, Chef der SPD-Fraktion, konterte mit einem ebenso populistischen wie stimmigen Vergleich: Man würde stets das Ende einer prekären Situation „feiern“ und nicht Anlass oder Beginn, schließlich würde auch der 8. Mai 1945 als Kriegsende und nicht der 1. September 1939 als sein Beginn gefeiert.

Höchst ärgerlich: Einige Anträge der fraktionslosen NPD-Verordneten, die zwar nicht inhaltlich diskutiert wurden, aber auch wegen ihrer absurden Begründungen von allen Fraktionen abgelehnt wurden... jüb

Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

Neue Schulstationen für Neukölln beschlossen

von Gabriele Vonnekold



zu sagen, natürlich wird nicht jeder, der die Schule schwänzt, kriminell, aber die allermeisten jugendlichen Kriminellen waren massive Schulschwänzer. Kinder regelmäßig in der Schule zu halten ist damit ein wichtiger Baustein für den sozialen Frieden einer Gesellschaft. Damit kann man nicht nur Schlimmeres vermeiden, sondern Weichen zum Erfolg stellen.

Kinder brauchen Chancen

Auch schwierige Kinder brauchen zunächst Betreuung und Förderung. Möglichst frühes und möglichst langes Wegsperrn, wie es von Roland Koch propagiert wurde, ist keine vernünftige Lösung. Kinder ab 12 bis zu 15 Jahren wegzuschließen, führt nur dazu, dass im Anschluss die kriminelle Karriere weitergeht. Das ist nicht nur unsinnig, sondern auch ziemlich teuer, denn ein einziger Haftplatz kostet genauso viel wie eine Schulstation, die die Kinder einer ganzen Schule betreut.

Neukölln investiert deshalb lieber in eine positive Zukunft für seine Kinder. Durch die neuen Schulstationen können künftig doppelt so viele Grundschüler in Neukölln betreut werden wie bisher. Dies ist ein großartiges Ergebnis. Trotzdem reichen die Mittel leider noch nicht aus, um alle Grundschulen zu versorgen, obwohl dies durchaus sinnvoll wäre, denn der Anteil der jungen Menschen, die in Neukölln am Ende die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlassen, ist entschieden zu hoch. Leider unterliegt der Bezirk aber einem harten Sparzwang und die Finanzzuweisungen durch den Senat reichen für eine notwendige flächendeckende Versorgung der Neuköllner Schulen nicht aus. Deshalb bleibt es weiter wichtig dafür zu kämpfen, dass der Senat auch seine Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt annimmt und endlich Mittel bereitstellt, um eine gute Bildung für alle Kinder zu ermöglichen. Wir können es uns nicht leisten, immer wieder bedeutende Teile einer Schülergeneration auf dem Weg zum Schulabschluss zu verlieren. Für die Risiken, nicht nur finanzieller Art, die für die Stadt entstehen, wenn eine große Gruppe von Menschen ohne vernünftige Bildung und ohne Zukunftsperspektive bleibt, gibt es beim rot-roten Senat leider noch kein ausreichendes Bewusstsein.

Soziales Miteinander fördern

Schulstationen haben sich bereits seit Jahren in einigen Neuköllner Schulen als Mittel bewährt, das soziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler und ganz allgemein das Lernklima an der Schule zu verbessern. In Schulstationen arbeitet sozialpädagogisches Personal mit Schülerinnen und Schülern, die Probleme haben oder Probleme machen. Ziel ist es, sie psychisch und sozial zu stabilisieren und wieder für das Lernen zu gewinnen. Sie beraten auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer und arbeiten eng mit ihnen zusammen, um Schuldistanz und Gewaltbereitschaft zu bekämpfen. Mit diesem Angebot soll der Tendenz entgegengewirkt werden, dass immer mehr Kinder bereits in der Grundschule die Lust am Lernen verlieren, zu Schulschwänzern werden und damit schon früh die Chance auf einen guten Schulabschluss einbüßen.

Diese Maßnahme ist gleichzeitig ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung von Jugendkriminalität. Statistiken beweisen eine enge Verbindung zwischen Schuleschwänzern und Kriminalität bei Jugendlichen. Um es klar

Mit Verkehrssicherheitslatein am Ende Neue Verkehrskonzepte gefragt

Ampeln, Alkoholverbot und Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen die VerkehrsteilnehmerInnen in trügerischer Sicherheit. Solche Anordnungen sind nur sicher, wenn sie befolgt werden. Die Bereitschaft dazu nimmt ab. Für mehr Verkehrssicherheit sind deshalb zwei Maßnahmen unerlässlich: Zunächst sind mehr Kontrollen nötig und bei Verstößen würde „Sofortkasse“ die Verkehrssicherheit deutlich erhöhen. Das Überfahren von roten Ampeln würde sofort geahndet, Temposünder würden sofort bestraft und zusätzliche Alkoholestes würden das Risiko durch fahruntaugliche VerkehrsteilnehmerInnen reduzieren... Und: Verkehrssicherheitskonzepte müssen her! Der Holländische Verkehrsforscher Hans Monderman hat

erfolgreich einen Weg jenseits von Ampeln und Verkehrsvorschriften beschritten. Das Konzept heißt „Shared Space“ und folgt der Logik „Gefahr bringt mehr Sicherheit“. Das heißt, alle Verkehrsteilnehmer passen mehr auf, wenn der Straßenraum nicht starr einzelnen Verkehrsarten zugewiesen ist und sich alle des Risikos bewusst sind, dass ein Kind auf die Straße laufen könnte. In Holland, in der Schweiz, in London und Irland wurde durch Shared Space die Zahl der schweren Verkehrsunfälle um 60 Prozent reduziert. Grund genug, dieses Modell auch in Berlin umzusetzen. Ein erster Schritt wäre es, Ampeln durch Kreisverkehre zu ersetzen. Außerdem gehören alle Straßenneubaumaßnahmen auf den Prüfstand.

jüb

Bahnagentur Schöneberg

Reisetreff



Bahnfahrkarten europaweit
Beratung und Verkauf gebührenfrei
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen
Bahnspezialist für Frankreich
Reisetreff mit Sitzecke, Reiseliteratur und Landkarten
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail

Crellestraße 7

10827 Berlin

030 76768398

www.bahnagentur-schoeneberg.de

Campus Rütli - ein Quadratkilometer Bildung für Neukölln

Fragen und Antworten

von Heinz Wagner, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in der BVV

Es kommt Bewegung in den Neuköllner Norden. An der Rütlistraße entsteht in den nächsten Jahren ein neuer Campus für Schule und Bildung, und es bieten sich neue Chancen für das Zusammenleben im Kiez – ein neues Stadtteilzentrum wird gebaut.

Was ist geplant?

Ein neuer Sozialraum soll es werden. Mit einer Größe von 41.000 qm wird für die 20.000 Einwohner des Reuterkiezes zum zentralen sozialen Angebot. Kindertagesstätten, Grund- und Oberschulen bis hin zur gymnasialen Oberstufe werden zusammen mit Berufsfindungsangeboten, dem Jobcenter, dem Gesundheits- und Jugendamt sowie Spielplätzen und einem Jugendclub die zentrale Anlaufstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche aus dem Kiez. So soll ein neues Miteinander entstehen. Kurze Wege und vertrautes Gelände soll es ermöglichen, dass Kinder und Jugendliche vom Krippenplatz bis zum qualifizierten Schulabschluss und der Berufsfindung auf dem Campus Rütli eine „Heimat“ finden.

Was wird gebaut?

Zunächst eine neue Mensa für die Schülerinnen und Schüler der Rütli-Schule und der Heinrich-Heine-Oberschule, die sie fit macht für den Ganztagsbetrieb und für eine Gemeinschaftsschule. Danach eine neue Mehrzweckhalle, die sowohl für Sportunterricht, als

auch für Kiezveranstaltungen genutzt werden kann. Zusätzlich geplant sind Ausbauten der bereits bestehenden Kitas und Jugendeinrichtungen wie der Manege. Auch die Franz-Schubert-Grundschule aus der Weserstraße soll auf dem Campus Rütli einen neuen Platz finden. Für die schulische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen wird damit auf dem Campus Rütli ein Angebot geschaffen von der Kita bis zum Abitur. Die Rütlistraße soll dafür entwidmet und ein Teil des Campus werden.

Wer ist beteiligt?

Die Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Bildung haben ihre Unterstützung zugesagt. Das Neuköllner Bezirksamt steht hinter diesem Vorhaben. Die Freudenbergstiftung und die Stiftung Zukunft Berlin mit Christina Rau an der Spitze sind mit dabei. Selbstverständlich eingebunden sind das Quartiersmanagement und die anderen lokalen Akteure. Deutlich wurde dies auch auf der gemeinsamen Auftaktveranstaltung an der Rütlichschule am 30. Januar.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Losgehen soll es dieses Jahr mit den ersten Vorbereitungen und den entsprechenden Planungen, Ausschreibungen und Bauarbeiten - fertig wird es aber erst 2011 - 2014, so lange dauert es, bis alles geplant, gebaut und auch finanziert ist.



Die Auftaktveranstaltung war sehr gut besucht - Publikum in gespannter Erwartung.

Was wollen wir erreichen?

Wir wollen damit herkömmliche Strukturen der Segregation grundlegend ver-



Projekteröffnung mit illustren Gästen: Senatorin Junge-Reyer, Bürgermeister Buschkowsky, Christina Rau, Senator Zöllner und Schulstadtrat Wolfgang Schimmang, von links;



Projektleiter Klaus Lehnert erläutert das Modell

ändern und im Neuköllner Norden dem sozialen Raum und der sozialen Kompetenz eine neue Dimension eröffnen.

Steigende Schülerzahlen in diesem Gebiet zeigen politischen Handlungsbedarf auf und wir glauben, dass eine solidarische Gesellschaft nur in einem solchen Miteinander entstehen und funktionieren kann. Zwischen und mit den unterschiedlichen Kulturen und Erfahrungen. Zusätzliche Informationen und auch Beteiligungsmöglichkeiten bietet Ihnen die Internetseite: www.campus-ruetli.de, der Neuköllner Stachel wird Sie auch auf dem Laufenden halten.

Kultur geht nach Britz

Neue Nutzung für den alten Gutshof

Vor zwei Jahren feierte Neukölln „300 Jahre Schloss Britz“. Nun steht dem Ortsteil Britz eine weitere Auszeichnung bevor: Der Gutshof Britz wird Kulturstandort. Zu diesem Zweck sollen die denkmalgeschützten Gebäude mit einigem finanziellen Aufwand aufgemotzt werden und in einigen Jahren die Kulturlandschaft des Bezirkes bereichern.

Als neue Nutzungen werden sich dann die Neuköllner Musikschule und das Museum Neukölln auf dem Gelände präsentieren. Für kulturelle „Großveranstaltungen“ wird man auf dem Gutshof Britz einen „Kulturstall“ nutzen können, ferner ist vorgesehen, Britzer Naturflair und Kunst auf einer Freilichtbühne erlebbar zu machen... Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) hat den neuen Kulturstandort

sikschule „Paul Hindemith“. Der alte Kuhstall erfährt nach einer aufwändigen Sanierung und Umbaumaßnahmen einen Namens- und Bedeutungswandel: Nicht mehr Kuh-, sondern Kulturstall wird seine künftige Passion sein, Konzertsaal für etwa 300 Besucherinnen und Besucher. Dafür, dass im neuen Kulturzentrum der Begriff Kultur in einem über die Kunst hinausgehenden Sinn verstanden und verwirklicht wird,

sorgen umfangreiche Freiflächen: Ein Bauerngarten, eine Feldfläche, eine Weidefläche sind in der Planung vorgesehen. Hier werden vielleicht in einer Maulbeerbaumallee Erinnerungen an eine alte Britzer Tradition wach: Die Seidenraupenzucht. Auch auf „Viecherei“ (O-Ton Buschkowsky) darf bei einem Gutshof nicht verzichtet werden. So wird ein privates Tiermuseum an alte Nutztierassen erinnern, Imker werden ihre Bienen vorstellen und mit ein wenig Phantasie lässt sich schon bald der Honigduft in einem Hofladen schnuppern... Wieder auf dem Boden der „Finanzkultur“ zurück: Der Bezirksbürgermeister und seine Verwaltung rechnen mit Kosten von insgesamt acht Millionen Euro, die sich auf rund fünf Jahre verteilen. Eine Einschätzung der Betriebskosten für die neuen Nutzungen will er nicht abgeben. Wenns teurer wird, muss an anderer Stelle gespart werden, heißt es. Und im Sparen hat der Bezirk Neukölln ja Erfahrung. jüb

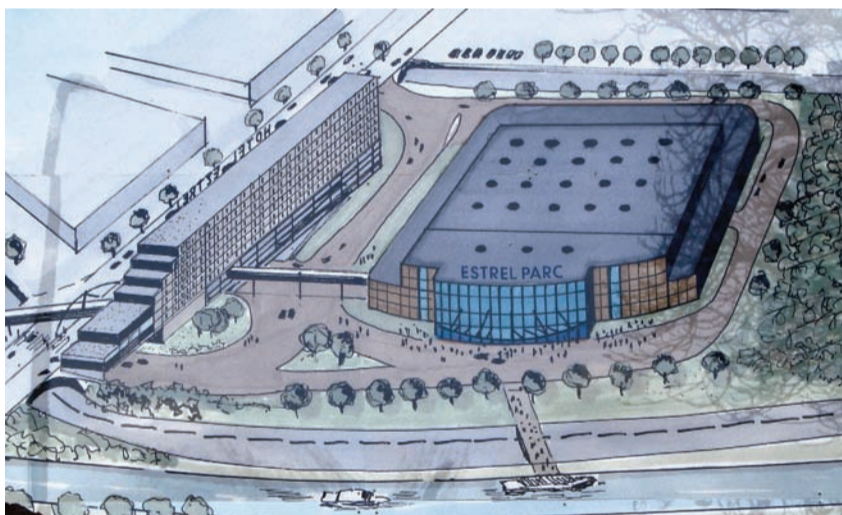


Der alte Gutshof - Eingang und Adresse des neuen Kulturzentrums Foto: jüb



Das ist der alte Kuhstall... Foto: jüb

Nun doch, Estrel baut!



Neuköllns Grüne begrüßen Planänderung: Kongress-Zentrum ohne Einzelhandel

Mit Genugtuung haben Neuköllns Grüne auf die Planänderungen beim beabsichtigten Neubau eines Kongress-Zentrums an der Sonnenallee reagiert. Eine Ausweitung des Conventioncenters beim Hotel Estrel sollte ursprünglich zusammen mit einem 12.500 Quadratmeter großen Einkaufszentrums errichtet werden.

Da dies eine „existenzgefährdende“ Konkurrenz für Geschäfte in der benachbarten Karl-Marx-Straße bedeutet hätte, hatten sich die Grünen in Neukölln gegen dieses Projekt ausgesprochen. Schützenhilfe bekamen sie seinerzeit und überraschend von der sozialdemokratischen Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer, die das genau so sah. Ihr Parteifreund, Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, reagierte damals ungehalten und sah in der Sonnenallee schon die Sonne untergehen. Und Bauherr Julian Streletzky damals: „Ohne die Ladenflächen ist das Projekt tot!“ Aber Totgesagte leben bekanntlich länger,

sagt jedenfalls ein Sprichwort. Jetzt soll das Projekt Estrel-Parc ohne Handelsflächen und Shoppingcenter realisiert werden. Und auch Buschkowsky ist zufrieden: „Die Kuh ist vom Eis, ein Gewinn für Neukölln, für die Stadt.“

Seiner Meinung nach hat der Investor Streletzky mit seinem Festhalten an dem Vorhaben „der Senatsbürokratie ein Schnippchen geschlagen...“

Jürgen Biele, baupolitischer Sprecher der grünen Fraktion in der Neuköllner BVV dazu: „Wer wem ein Schnippchen geschlagen hat, sei dahingestellt. Fest steht: Die Ablehnung der Einzelhandelskonzentration in Nachbarschaft der Karl-Marx-Straße durch die Stadtentwicklungssenatorin hat die Weichen für die Neuplanung gestellt. Das ist das Schnippchen, an dem die Neuköllner Grünen einen Anteil haben. Erstaunlich und erfreulich: Die Neuplanung wird – wie die ursprüngliche Planung – für 500 neue Arbeitsplätze sorgen, sagt der Investor.“ jüb

zur Chefsache erklärt. Nachdenkliche, teils kritische Anmerkungen zu den Investitionen in diese „Chefsache“ lässt er nicht gelten und nennt sie eher „kleinlich“.

Die Neuköllner Bezirksverordneten wissen, was sie ihrem „König von Neukölln“ (...wo Neukölln ist, ist immer vorn...) schuldig sind und haben mehrheitlich dem Umbau der historischen Anlagen zum „Kulturzentrum Gutshof Britz“ zugestimmt.

In Einzelnen sieht das vom Bezirksamt vorgestellte Nutzungskonzept folgendes vor: Das Museum Neukölln wird in den Pferdestall und in die alte Schmiede ziehen, auch der Turm wird dem Museum dienen. Das Gutsverwalterhaus wird neuer Standort der Mu-



... und das wird einmal der alte Kuhstall gewesen sein: Dann der neue Kulturstall.

Foto: repro

Fitte Mütter haben auch fitte Kinder

Warum die Grünen für das Müttergenesungswerk sammeln gehen

Von Anja Kofbinger, frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

Die Armut in Berlin nahm in den letzten Jahren zu. Armut und deren Begleitumstände belasten die davon Betroffenen immer - besonders hart jedoch Frauen, Mütter und deren Kinder. Mütter, die seelisch und/oder körperlich am Ende sind, die nicht mehr weiter können, haben seit 1950 eine traditionell gute Adresse: Das Müttergenesungswerk (MGW).



Anja Kofbinger

Dies galt allerdings aufgrund gesetzeswidriger Kassenpolitik in den letzten Jahren für immer weniger Mütter und nur für ganz wenige Mütter migrantischer Abstammung. Diese Mütter wissen in der Regel weder, dass es das MGW gibt, noch wissen sie, wo und wie sie diese Hilfe finden können. Außerdem war die traditionell gute Arbeit des MGW zugunsten aller Mütter, egal welcher Abstammung, stark gefährdet. Die Krankenkassen fledderten ohne Scham den Ausgabentopf für Eltern-Kind-Kuren. Es gab für uns also reichlich zu tun.

Bei Gründung der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung vernetzte das Müttergenesungswerk unterschiedliche Träger der Wohlfahrtsverbände unter einem Dach. Es handelte sich hierbei um eines der ersten „Frauennetzwerke“. Rehabilitationsmaßnahmen für Mütter und deren Kinder und deren „intensive körperliche und geistig-seelische Betreuung“ sind bis heute das Ziel des MGW.

Im letzten Jahr ist es gelungen, dank einer intensiven Kooperation von Tine Hauser-Jabs (Vorsitzende der BVV-Fraktion in Friedrichshain-Kreuzberg) und mir mit dem MGW, ein Pilotprojekt in Friedrichshain-Kreuzberg auf den Weg zu bringen. Ziel war es, das MGW auch interkulturell zu öffnen. Als wir unser Anliegen der Bundesgeschäftsführerin Frau Schilling vortrugen, rannten wir sozusagen eine offene Tür ein. Unser Motto „Nur fitte Mütter haben fitte Kinder“ überzeugte sie gleich und wir konnten mit ihrer Unterstützung sofort mit der Umsetzung unserer Idee beginnen.

Das MGW hat inzwischen ein mehrsprachiges Flugblatt erstellt, um das Müttergenesungswerk und dessen Angebot auf Eltern-Kind-Kuren auch den

BürgerInnen migrantischer Abstammung vorzustellen. Eine dreiwöchige Kur kostet die Betroffenen 210 Euro Eigenanteil. Das ist eine Summe, die viele Mütter, die dringend eine Kur bräuchten, immer noch abschrecken wird. Oft kann dieser Betrag aus Spendengeldern bezahlt werden. Die müssen jedoch erst einmal da sein. Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind mit dabei. Deshalb stehen wir auch am 8. März, dem internationalen Frauentag auf der Straße und sammeln für den



guten Zweck. Wir wollen, dass unsere Nachbarinnen Zugang zu diesem besonderen Angebot haben. Der nächste Schritt wird sein, dass es nach Kreuzberger Vorbild auch bald in Neukölln eine multikulturelle Anlaufstelle geben wird.

Sollte die/der geneigte Leser/in demnächst eine Sammeldose des Müttergenesungswerks hingehalten bekommen, zieren Sie sich nicht – werfen Sie was rein! Frauenrechte, Kinderrechte und Armutsbekämpfung brauchen So-

Des Menschen Würde...

Sterbehilfe - ein unbequemes Thema

Bei jungen Menschen ist die Bereitschaft über Krankheit, Alter und Tod zu sprechen nicht besonders ausgeprägt. Das alles wird verdrängt, denn es hat ja noch Zeit, Familienplanung und Karriere sind wichtiger. Doch Sterben hat nicht nur mit Krankheit und Alter zu tun: Jeden Tag erfahren wir in den Nachrichten über tragische Ereignisse, die Mitmenschen das Leben kosten. Ein Unfall im Beruf oder im Verkehr kann das gesamte Leben plötzlich vollkommen verändern: Querschnittsgelähmt, künstlich beatmet, Schmerzen leidend. Der Medizin sind Macht und Mittel in die Hand gegeben, Einfluss auf Sterben und Tod zu nehmen. Gut, wer für diese Fälle vorgesorgt hat mit Organspendeausweis und Patientenverfügung, wie sie beispielsweise von der Deutschen Gesellschaft für Humanes Leben herausgegeben werden. Dabei bleibt zu hoffen, dass die anstehenden gesetzlichen Regelungen zur Patientenverfügung nicht hinter dem derzeitigen Richterrecht zurück fallen.

Das Thema Sterben ist in unserer Gesellschaft tabuisiert. Dabei gehört der Tod zum Leben wie die Geburt. Schön wenn das Greisenalter bewusst und würdevoll erlebt werden kann. Was aber, wenn der Körper den Dienst versagt? Wenn *mensch* über Jahre hinaus gefüttert werden muss, wenn er sich voll gesabbert bis hin zum Koterbrechen, wenn er gewandelt und gelagert werden muss. Es wird künstlich beatmet und die Magensonde ernährt Moribunde, Unheilbare. Manche bekommen das alles nicht mehr mit. Und doch wird dabei gegen ihren Willen an ihnen manipuliert, ihre Würde verletzt. Sicher ist in diesem Zusammenhang Palliativmedizin wichtig. Das ist die Medizin, die zwar Schmerzen lindern, aber nicht mehr heilen kann. Doch die Palliativmedizin kann nicht allen ein schmerzfreies Sterben ermöglichen. Es gibt Patienten, die darum flehen, ihrem Leiden ein Ende zu setzen. In Deutschland ist die Mehrheit der Bevölkerung dafür, dass Sterbehilfe

nun endlich gesetzlich geregelt wird.

Gestzliche Regelungen sind gefragt

Doch die Politik scheut davor zurück. Dabei ist in der Diskussion zu unterscheiden zwischen der menschlichen und pflegerischen Begleitung Sterbender, wie sie in Hospizen aufopferungsvoll geleistet wird und den legalen Formen der „passiven Sterbehilfe“, bei dem der Sterbevorgang nicht künstlich verlängert wird sowie der „aktiven, indirekten Sterbehilfe“, welche die Abgabe von starken Schmerzmitteln beinhaltet, mit denen der Tod zwar nicht bezweckt, aber billigend in Kauf genommen wird. Anders als im US- Bundesstaat Oregon, den Niederlanden und der Schweiz ist in Deutschland die „aktive, direkte Sterbehilfe“, also das Töten auf Verlangen, verboten und mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bedroht. Dagegen meint die bündnisgrüne Alterspräsidentin des Bayeri-

schen Landtags, Barbara Rütting, dass die Möglichkeit, das Leben selbst zu beenden, die einzige Freiheit ist, die der Mensch überhaupt hat.

Selbst entscheiden

Es geht um die Freiheit selbst zu entscheiden, wann *mensch* gehen will – und zwar eben gerade auch dann, wenn Mensch es körperlich nicht mehr selbst kann und dann auf die (ungestrafte) Hilfe anderer Menschen angewiesen ist. Die Gegner der Sterbehilfe, vor allem Kirchen und C-Parteien, behaupten, das „Gott“ - den sie nie gesehen haben - das Leben gegeben hat und nur er es nehmen darf. Doch die Geschichte zeigt, wie der Name „Gott“ missbraucht wurde für Hexenverbrennung, Religionskriege und Tötung Andersgläubiger. Die C-Politiker wollen Sterbehilfeorganisationen verbieten, da diese Geld mit dem Sterben verdienen würden, was sittenwidrig sei. Diese Verbote führen lediglich zu Suiziden an Bahngleisen und Geisterfahrten auf der Autobahn. Die Gegner der Sterbehilfe bemühen unzutreffende Vergleiche mit der Euthanasie im Nationalsozialismus und befürchten einen „Dambruch“. Erfahrungen anderer Länder widersprechen dem. Die gesetzliche Regelung der Freitodhilfe könnte in der Bundesrepublik eines Tages genauso legal sein wie die Abtreibung. Die Legitimation der Abtreibung hat keineswegs dazu geführt, dass immer mehr Frauen zu dieser Lösung greifen - im Gegenteil.

Bertil Wewer

Neue Radwege in Neubritz:

Mehr Platz und Sicherheit für Radfahrer

Neukölln - ein fahrradfreundlicher Bezirk? Diese Frage konnte man noch vor wenigen Jahren ohne zu zögern mit einem entschiedenen „Nein“ beantworten. Der Zustand der Straßen und Radwege war alles andere als gut. Mit der Einrichtung einer bezirklichen Arbeitsgruppe „Radrouten-Masterplan Neukölln“ im Mai 2003 änderte sich diese Situation. Als Ziel wurde festgelegt, nutzerfreundliche, sichere Radrouten als Ergänzung des überbezirklichen Berliner Fahrradrouthenetzes auszuweisen. Seitdem hat sich einiges getan im Bezirk. Bis Ende 2005 wurden sieben neue Bezirksrouten entwickelt, die zum Teil die Berliner Tangentialrouten komplettieren, zum Teil aber eigenständige Bezirksrouten bilden, die überwiegend durch ruhige, verkehrsarme Nebenstraßen oder Grünanlagen führen. Eine der Haupt-routen, die Radialroute (RR) 10 vom Berliner Schlossplatz nach Eichwalde, berührt auch das Sanierungsgebiet Neubritz im Verlauf der Bendastraße - Britzkestraße - Rungiusstraße.

Mit der Asphaltierung der Straßen nach umfangreichen Bauarbeiten der Wasserbetriebe verschwand das fahrradunfreundliche Kopfsteinpflaster. Auch einige Nebenstraßen bekamen neue Fahrbahndecken und machen so die Fahrradrouten besser erreichbar. In nächster Zeit werden außerdem an stark frequentierten Punkten der Route Fahrradbügel zum sicheren Anschließen angebracht, z.B. am Jugendberatungshaus in der Glasower Straße. Durch die bauliche Veränderung der Glasower Straße - abgeschrägte Parkbuchten und Verengung durch Gehwegvorstreckungen an den Kreuzungen Bendastraße und Bruno-Bauer-Straße - verleiht die Strecke nicht mehr so zum (Auto-)Rasen und man kann mit dem

Rad sicher und bequem in den Carl-Weder-Park, zum Kulturbunker, zum Britzer Schloss oder zum Eissportstadion gelangen. Auch der neue Mauer-radweg entlang der Autobahn A 113 ist gut zu erreichen.

Leider fehlt noch die Beschilderung der Radstrecken, um die Anbindung Neuköllns an das Berliner Radrouthenetz zu komplettieren. Viele Radler, die die Radialroute 10 benutzen, wissen gar nicht, dass diese weit über den Bezirk hinaus führt, weil weder die erreichbaren Ziele noch Kilometerangaben ausgeschildert sind. Hier ist zu hoffen, dass Senat oder Bezirksamt bald die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen. Einige Radfahrer benutzen leider (immer noch) die Gehwege und gefährden so Fußgänger und Kinder. Hier ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten – ebenso bei manchem Autofahrer, der sich offenbar nur schwer daran gewöhnen mag, dass Radler (und andere Verkehrsteilnehmer) die gleichen Rechte auf der Straße genießen wie er.

Bernd Szczepanski



Falls Sie an weiteren Informationen interessiert sind:

Im Sanierungsbüro in der Glasower Straße 67 erhalten Sie kostenlos den Plan „Radeln in Neubritz“ mit interessanten Hinweisen zu den Routen und Ausflugszielen. Gute Fahrt!

FDP will Rauchern einheizen

Bezirksamt soll Heizpilze großzügig genehmigen

Berliner Gastronomen helfen der Sonne gerne mal nach. Bei kühleren Temperaturen stellen sie Heizpilze auf, die mit Flüssiggas betrieben werden. Nun sollen sie auch Raucher in der kühleren Jahreszeit das Rauchverbot in „ihrer Kneipe“ vergessen lassen.

So jedenfalls will es die FDP in der BVV Neukölln. Sie beantragt eine großzügige Genehmigung von Sondererlaubnissen für diese Klimakiller. Denn bei mittlerer Leistung verursachen diese Energiefresser 3,5 kg Kohlendioxid (CO₂) pro Stunde und 2000 kg pro Jahr, so viel wie ein durchschnittliches Auto bei einer Jahresfahrleistung von 12.000 Kilometern.



Ein besonders krasser und unnötiger Beitrag zum Klimaproblem, das musste auch der Berliner Senat auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen einräumen. Der „hochgradig ineffiziente Betrieb von Heizpilzen durch die Gastronomie ist zu kritisieren“ stellt selbst der Senat fest und erklärt: „Das Versagen einer Sondernutzung im öffentlichen Straßenland gemäß § 11 des Berliner Straßengesetz ist bisher u.a. möglich, wenn von der Sondernutzung schädliche Umwelteinwirkungen ausgehen würden.“ Und „Die Bestrebungen der Berliner Gastronomie, ihren Ausschank unter freiem Himmel durch den zunehmenden Einsatz von flüssiggasbetriebenen Einzelheizungen ... auszudehnen, steht angesichts der Diskussion zum Klimaschutz und der dramatischen Erkenntnisse hinsichtlich der Klimafolgen aufgrund überhöhter Treibhausgas-Emissionen im starken Gegensatz zu den Zielen der Berliner Umweltpolitik.“

Das alles ficht die Neuköllner FDP, flankiert von der Zustimmung der CDU und der Grauen, nicht an. Völlig unverständlich hingegen ist das Verhalten einiger SPD-Verordneter: Sie stimmten für den FDP-Antrag oder enthielten sich und fordern damit „ihren Bezirksbürgermeister“ Heinz Buschkowsky auf, diesen klimapolitischen Unsinn umzusetzen. Vielleicht macht das Buschkowsky noch einigen Kummer...
jüb

Hier, wo ich lebe, will ich wählen

Kommunales Wahlrecht für die Wohnbürgerschaft, auch für nicht EU-Bürger - eine Kampagne aus NRW

Unterstützt von allen großen Trägern der freien Wohlfahrtspflege haben die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrheinwestfalen, der DGB (Bezirk NRW) und der Landesjugendring NRW eine Kampagne gestartet, um für lange in Deutschland lebende AusländerInnen das kommunale Wahlrecht zu fordern.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen diese Kampagne: Auf der unten angegebenen Homepage ist es möglich, sich in eine Unterstützerliste einzutragen.

AusländerInnen mit einer Staatsangehörigkeit der EU können seit 1993 an Kommunalwahlen in der Bundesrepublik teilnehmen, sie haben aktives und passives Wahlrecht. Für die Einführung eines Kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen ist in Deutschland jedoch eine Grundgesetzänderung notwendig. Und das Grundgesetz kann nur mit einer Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln des Bundesrates geändert werden. Eine so breite Mehrheit käme nur zustande, wenn es einen überparteilichen Konsens gäbe. Das ist aber in der näheren Zukunft nicht zu erwarten. Immerhin ist im Integrationskonzept des Berliner Senats festgeschrieben, dass Berlin im Bundesrat eine Initiative zur Grundgesetzänderung starten wird. Diese hat bisher leider noch nicht stattgefunden. Zitat: „Gerade in den Einwanderungsbezirken, in denen rund 20 Prozent kein Wahlrecht haben, ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch entscheidend für die Legitimation des demokratischen Prozesses. Der Senat wird darum 2007 eine Bundsratsinitiative für die Einführung des kommunalen Wahlrechts starten.“

www.berlin.de/ib/intmig/integrationskonzept.html

Positive Erwartungen

Es ist zu erwarten, dass besonders die bestehenden Parteien vom kommunalen Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen

profitieren würden. Derzeit können sich Nicht-EU-BürgerInnen in der Bundesrepublik im politischen und gesellschaftlichen Leben engagieren, indem sie in Vereinen und Verbänden aktiv sind. Sie leisten Beratungs- und Sozialarbeit, übersetzen, betreuen Kinder, trainieren in Sportvereinen, veranstalten kulturelle Feste und vieles mehr. Ohne diese vielfältige Arbeit würde ein Einwanderungsbezirk wie Neukölln sehr viel schlechter aussehen. Die Migrantenvereine sind längst wesentliche Stützen unserer Gesellschaft geworden. Im Migrationsbeirat haben einige dieser Vereine eine - recht begrenzte - Möglichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen im Rathaus zu nehmen. Ihre Stimme kann, wenn sie die Mehrheit in der BVV überzeugt, als Expertenmeinung, Initiativen in Gang bringen und Geplantes korrigieren. Nicht-EU-Bürger können aber weder bei Wahlen noch bei Bürgerentscheiden ihre Stimme abgeben. Ausländerbeiräte wie in NRW gibt es in Berlin nicht. Die Erfahrungen in den Niederlanden, die bereits 1983 ein kommunales Wahlrecht für AusländerInnen eingeführt haben, die seit 5 Jahren im Land leben, lassen vermuten, dass sich die Nicht-EU-Bürger, sobald sie das Wahlrecht haben, in erster Linie in den bestehenden Parteien engagieren werden. Denn genau das ist in unserem Nachbarland geschehen: Die Gemeinderatsmitglieder aus ethnischen Minderheiten ha-

ben sich dort innerhalb von 15 Jahren verdoppelt. Schweden hat seit 1975 das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger, und es ist ebenfalls eine starke Zunahme an KandidatInnen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. Eigene AusländerInnen-Parteien oder Listen hatten bisher keine Erfolge. Das ist in allen Ländern so, in denen Nicht-EU-Bürger wählen dürfen.

Deutschland als „Bremser“

Während das neue EU-Mitglied Estland das Kommunale Wahlrecht für alle Einwohner über 18 Jahren (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft und seit 5 Jahren im Land registriert) schon eingeführt hat, blockiert Deutschland seine integrationspolitische Entwicklung durch ein restriktives Einwanderungsgesetz und durch die Ablehnung des Kommunalen Wahlrechts.

Bündnis 90/Die Grünen fordern den Senat auf, die angekündigte Bundsratsinitiative in diesem Jahr zu starten. Wir halten es außerdem für erforderlich, sowohl weiter für die Einbürgerung zu werben als auch die Migrationsbeiräte und -beauftragten der Bezirke politisch zu stärken. Der Senat hat diese alten grünen Forderungen in sein Integrationspapier aufgenommen: Sehr gut! Aber Schreiben reicht uns nicht ... Wir wollen die Umsetzung sehen - im Land und auf Bezirksebene.

Susanna Kahlefeld

Die bündnisgrüne Fraktion hat deshalb in die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht: Unterstützung der Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten.

Informationen auch unter: www.wahlrecht-fuer-migranten.de

Für ein neues Wahlrecht in Berlin

Verein Mehr Demokratie will Wahlrechtsreform durchsetzen

Seit der Mitgliederversammlung des Mehr Demokratie-Landesverbandes Berlin/Brandenburg im Mai, die sich für eine Kampagne zur Änderung des Berliner Wahlrechts aussprach, hat sich einiges getan. Da das für Berlin vorgeschlagene Wahlrecht einige Neuerungen enthält, machten sich die Berliner Mehr Demokratie-Aktiven auf die Straße, um das Wahlsystem von Wählerinnen und Wählern testen zu lassen.

Ziel war es vor allem, mögliche Fehlerquellen und Schwierigkeiten seitens der Testwählenden aufzudecken. Dabei konnte sich die Erweiterung der Einflussmöglichkeiten insgesamt großer Zustimmung erfreuen. Zu einer gut vorbereiteten Kampagne gehört natürlich auch ein starkes Bündnis. Dementsprechend hat sich der Landesverband daran gemacht, Organisationen, Parteien und Einzelpersonen als mögliche Unterstützer anzusprechen. Obwohl dieser Prozess noch lang nicht abgeschlossen ist, konnten schon einige Unterstützer wie die Humanistische Union, der Bund der Steuerzahler, Jusos, Linksjugend und Junge Liberale, der Türkische Bund, Hans-Christian Ströbele und weitere ins Boot geholt werden.

Erstes Bündnistreffen

Am 8. November fand dann erstmalig ein Bündnistreffen im Hause der GEW statt. Nach der Vorstellung der Kampagne entbrannte sofort eine spannende Diskussion um Inhalte und

Strategie der Kampagne. Bedenken gab es u.a. bezüglich der Komplexität der Wahlrechtsänderungen und zum Vorschlag der „Neinstimme“, mit der der Wähler seine grundsätzliche Ablehnung aller zur Wahl stehenden Parteien zum Ausdruck bringen könnte. Auch wurden bereits erste organisatorische Aufgaben seitens der Teilnehmenden übernommen, so dass wir sicher gehen können, dass zum Start der Kampagne ein gut kooperierendes Team bereit steht. Eine Mitgliederversammlung des Landesverbandes von Mehr Demokratie hat grünes Licht gegeben.

Weiterer Fahrplan

Nun wird weiter am Aufbau eines breiten Bündnisses gearbeitet, denn um 170.000 Unterschriften zu sammeln, bedarf es vor allem personeller Unterstützung.

Ab März wird mit der Beantragung eines Volksbegehrens, mit der Sammlung der ersten 20.000 Unterschriften begonnen werden. Mit Sicherheit wird

bis dahin ein breites Bündnis stehen, welches für ein besseres Wahlrecht für Berlin eintritt.

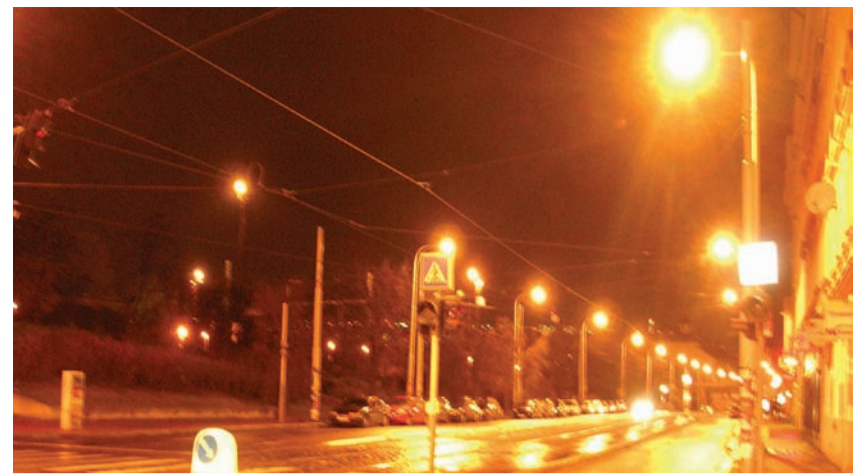
Eckpunkte für ein neues Berliner Wahlrecht

Das bestehende Berliner Wahlrecht bietet den Wählerinnen und Wählern vergleichsweise wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sie können lediglich eine bzw. einen Wahlkreisabgeordnete/n direkt wählen und mit der Zweitstimme einer Partei ihre Stimme geben.

5 Parteistimmen: Die Wählerinnen und Wähler erhalten fünf Parteistimmen, die sie einer Partei geben können oder die sie auf verschiedene Parteien verteilen können (Panaschieren). Mit der Vergabe von insgesamt fünf Stimmen bekommen sie die Möglichkeit, Koalitionspräferenzen zu äußern und dabei eine Gewichtung vorzunehmen.

Veränderbare Parteilisten: Bisher legen die Parteien eine nicht änderbare Kandidatenreihenfolge auf der Liste fest. Das soll sich ändern, indem veränderbare Listen eingeführt werden. Dies ist der eigentliche Kern eines neuen Berliner Wahlrechts. Der Wähler bzw. die Wählerin bekommt mit dem Präferenzwahlsystem die Möglichkeit, Einfluss auf die Kandidatenreihenfolge zu nehmen. Dabei vergibt er/sie Präferenzen, indem die Kandidatinnen und Kandidaten der einzelnen Listen durchnummeriert werden.

Verein Mehr Demokratie



Viel Geld, aber nur wenig Licht!

Berliner Senat fehlt die Erleuchtung

Die Straßenbeleuchtung Berlins muss endlich sicher und kostengünstig werden. Dafür bedarf es modernster Lichttechnik und der Umstellung der Gasleuchten auf Elektrobetrieb. Die Laternenvielfalt in Berlin hat Züge einer babylonischen Verwirrung. Allein elektrische Leuchten gibt es in 1.600 verschiedenen Typen.

Das geht aus der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage hervor, die der baupolitische Sprecher der grünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Andreas Otto, kürzlich stellte. Der Senat weiß allerdings nichts über den CO₂-Ausstoß, die Beleuchtungsstärke oder die Lichtstreuung der Berliner Leuchten. Bereits zu den Haushaltsberatungen hatte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein sogenanntes Gesamtkonzept für die öffentliche Beleuchtung vorgelegt. Allerdings fehlen Aussagen zu Erneuerungsraten, zur Energieeinsparung oder zu den Klimafolgen. Von den 44.000 Gasleuchten will der Senat lediglich 8.400 auf Strom umstellen. Dabei ist bekannt, dass Wartung und Betrieb der Gaslaternen wesentlich teurer sind als bei modernen Elektrolampen. Allein die Gaskosten je Lampe sind viermal so hoch wie bei Strombetrieb. Jeden Monat kostet die

Gasbeleuchtung 1 Million Euro an Energie und Unterhalt mehr, als Berlin bei einer vollständigen Umstellung auf Elektrobetrieb bezahlen müsste. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt die schrittweise Umrüstung bzw. den Ersatz der historischen Beleuchtung vor, wobei einige wenige gasbetriebene Laternen an ausgewählten Orten erhalten bleiben sollen. Damit würde auch das Problem der gefährlichen Glühstrümpfe, die radioaktives Thorium enthalten können, minimiert. Eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung fällt größtenteils unter das Straßenausbaubeitragsgesetz, was schon bei der kleinsten Verbesserung einen immensen Verwaltungsaufwand einschließlich Anwohnerbeteiligung bedeutet. Dahersollte die Straßenbeleuchtung aus diesem Gesetz rausgenommen werden. Berlin kann nicht ewig warten, bis dem Senat ein Licht aufgeht.

Schlecht gebrüllt, Löwe!

Wolfgang Wieland für Tempelhof-Volksbegehren

Die Bürgerinitiative Flughafen Tempelhof richtet folgenden Offenen Brief an den grünen Berliner Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wieland:

„Sie zählen zu den erfahrensten und eloquentesten Politikern der Berliner Grünen. Ihre Partei hat unser Ziel, die Beendigung des Flugbetriebs in Tempelhof von Anfang an engagiert unterstützt. Sie selbst haben im Herbst 2006 die Doppelzüngigkeit einer Angela Merkel aufgedeckt, die als CDU-Vorsitzende die Offenhaltung des Airports befürwortete, aber die Bundesregierung im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft - aus gutem Grund - keinen Finger dafür krumm machte. Und nun das: In einem BILD-Interview am Mittwoch dieser Woche haben Sie sich für die „Respektierung“ des Volksbegehrens und Offenhaltung des Flughafens

jedenfalls bis zur Eröffnung des BBI 2011 ausgesprochen. Diesmal haben Sie sehr schlecht gebrüllt! Sie fallen uns damit in den Rücken.(...) Auch ein Verweis auf demoskopische Mehrheiten ist fragwürdig: eine der seriösen Umfragen zeigte vor einem Jahr, dass nur 34 Prozent der befragten Berliner für den unbeschränkten Weiterbetrieb als Verkehrsflughafen eintreten, hingegen 40 Prozent für einen Geschäftsflughafen. Um letzteren geht es aber genau nicht bei dem jetzigen Volksbegehren. Sorgen Sie lieber mit uns und vielen anderen dafür, dass im Falle eines Volksentscheids möglichst wenige Berliner für Fluglärm, Kerosingestank und Absturzgefahr mitten in der Stadt stimmen! Da ist Ihr Platz!“



Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name Straße Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln Postfach 440629, 12006 Berlin

„entmensch“ - eine Ausstellung über die Degradierung von Menschen

Grüne Geschäftsstelle in der Berthelsdorfer Straße als Galerie?

Für manche vielleicht ein ungewöhnlicher Ort für eine Ausstellung, noch dazu mit dieser Thematik... Doch Neuköllns Grüne haben die Beschäftigung mit diesem Thema ganz bewusst mit der Eröffnung ihrer Geschäftsstelle verknüpft. Bewahrung von Grundrechten, Kampf gegen Folter, Null-Toleranz gegen totalitäre Systeme sind und waren immer Grundpfeiler grünen Denkens und Wirkens. Insofern soll diese Ausstellung Mahnung und Auftrag für künftiges politisches Handeln der Besucher und Gäste der grünen Geschäftsstelle sein... Übrigens: Die Geschäftsstelle in der Berthelsdorfer Straße 9 ist geöffnet dienstags und donnerstags von 16 bis 18 Uhr und freitags von 10 bis 13 Uhr.

Die ausgestellten Bilder sind im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen entstanden, welches heute eine Gedenkstätte ist. In Begleitung eines ehemaligen Häft-

sprache und den erschreckenden Bildinhalten - Zellentakte, Verhörstühle, Gitterstäbe, Überwachungskameras - wurde bewusst als Stilmittel eingesetzt, um einen Bruch zum üblichen zu setzen. Die Ausstellung zeigt die erste Bildserie des Projektes „entmensch“, welches sich fotografisch und theoretisch mit der Entmenschung des Menschen



Düsternis soll das Kerker-Grauen bildnerisch fassbar machen

lings hat die Fotografin versucht, den Schrecken und das Grauen eines Ortes bildnerisch fassbar zu machen, der exemplarisch für die systematische und institutionalisierte Aberkennung menschlicher Autonomie und humaner Grundrechte steht. Die Dissonanz zwischen einer ästhetisierenden Bild-

Umgang mit solchen Inhalten zu erzeugen. Einen Bruch, durch den der Betrachter die Möglichkeit erhält, inne zu halten und sich auf seine je eigene Weise mit der Thematik von Folter, totalitären Systemen und nicht zuletzt mit dem eigenen Menschsein in Geschichte und Gegenwart auseinander

durch den Menschen beschäftigt, mit seelischer und körperlicher Vernichtung, mit der Degradierung von Menschen als Unpersonen oder Objekte und der Akzeptanz von Folter und Tod zugunsten vorherrschender Denksysteme und Ideologien.



Aus der Welt und auf bloße Existenz reduziert



Verhörhocker - abseits des Menschlichen



Kein Weg nach draußen

Die Künstlerin...



Christine Magdalene Noll, geb. 1973 in Bad Hersfeld (Hessen). Studium der Philosophie, Psychologie und Soziologie. Seit dem Studium Beschäftigung mit Fotografie einschließlich einer dreisemestrigen Zusatzausbildung in Reportagefotografie bei der schwedischen Bildjournalistin Ann-Christine Jansson. Verschiedene Ausstellungen bzw. Ausstellungsbeteiligungen. Thematische Schwerpunkte liegen auf der Synthese zwischen Philosophie und Fotografie und auf Sozialreportage. Neben fotografischen und publizistischen Projekten laufende Promotion im Fach Philosophie zu Sartres Ontologie der Freiheit. Lebt und arbeitet seit 2003 in Berlin.



Der Stolperstein vor dem Haus in der Neuköllner Innstraße 24

Ein Stolperstein zur Erinnerung an Olga Benario

Stolpersteine sind in den Gehweg eingelassene Pflastersteine mit Messingtafeln, 10 x 10 x 10 cm groß. Ihre knappen Inschriften werden gebildet aus einem Namen, einem Geburtsjahr, dem Deportationsdatum und dem Hinweis auf den Todesort und das Todesdatum des Opfers. Und sie beginnen immer mit zwei Worten: Hier wohnte... Es sind fast immer Erinnerungssteine für ehemalige jüdischen Nachbarn, aber auch für Akteure des politischen Widerstands, für Homosexuelle, Roma und Sinti, Zeugen Jehovas und Euthanasieopfer.

Im Dezember 2007 wurde ein solcher Stolperstein vor dem Haus Nummer 24 in der Neuköllner Innstraße in den Boden versenkt. Über ihn soll man „stolpern“ in Erinnerung an eine der wohl ungewöhnlichsten Frauen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Denn hier wohnte

Moabit kann sie zunächst nach Moskau entkommen und ist Delegierte des V. Weltkongresses der Kommunistischen Jugendinternationale. In der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien arbeitet sie für die internationale Arbeiterbewegung und bereitet sich auf den praktischen anti-



Das Haus Nr. 24 in der Neuköllner Innstraße

Olga Benario, am 12. Februar 1908 in München geboren, Tochter eines sozialdemokratischen Rechtsanwaltes und einer sehr unpolitischen „Dame der Gesellschaft“. Mit 15 schließt sie sich – sehr beargwöhnt von ihrer Mutter – der kommunistischen Jugend an. Im Wahlkampf des Jahres 1924 wird Olga festgenommen, als sie beim Plakatekleben erwischt wird. Olga ist nun vorbestraft. Sie lernt den 1900 geborenen Lehrer Otto Braun kennen, der unter falschem Namen für kommunistische Blätter schreibt und heimlich für die Partei durchs Land reist. 1925 zieht Olga Benario nach Berlin, trifft Otto Braun wieder und wohnt mit ihm zusammen in der Innstraße 24. Sie engagiert sich bei der Kommunistischen Jugend im Arbeiterbezirk Neukölln. Ein Jahr später werden beide verhaftet... Während Olga durch Bemühungen ihrer Vaters nach zwei Monaten wieder frei kommt, muss Otto Braun mit einer Anklage wegen Hochverrat rechnen, ihm drohen 20 Jahre Gefängnis. Die Benario startet mit Genossen eine erfolgreiche Befreiungsaktion. Als sie zum Besuchstermin ins Gefängnis-Sprechzimmer kommt, zieht sie eine Pistole und die anderen Genossen stürmen herein, überwältigen die Wachen und ermöglichen Otto die Flucht. Der Coup ist sofort Schlagzeile in allen Medien, und die Sympathie für die Befreier wächst, als bekannt wird, dass ihre Waffen nicht geladen waren. Nach dieser spektakulären Gefangenenerbefreiung ihres Genossen und Freundes Otto Braun aus dem Untersu-

faschistischen Widerstand vor. 1935 geht sie von Moskau aus mit dem Brasilianer Luiz Carlos Prestes nach Rio de Janeiro, beide beteiligen sich an revolutionären Aufständen und werden 1936 verhaftet. Trotz internationaler Proteste wird Olga Benario



Olga Benario - Ein Leben für die Revolution, auf DVD

hochschwanger im September 1936 von den brasilianischen Behörden an die Gestapo ausgeliefert. Im Frauengefängnis Barnimstraße kommt ihre Tochter Anita Leocadia am 27. November 1936 zur Welt. Anfang 1938 wird Olga Benario von ihrer Tochter getrennt, kommt in das Frauenkonzentrationslager Lichtenburg und muss 3 Jahre im KZ Ravensbrück verbringen bevor sie 1942 im Todestrakt der „Heil- und Pflegeanstalt“ Bernburg ermordet wird.



Unter der Lupe

Strikte grüne Ansichten

Früher „strickte“ grüne Ansichten der inzwischen wohlbestallte Europaabgeordnete Michael Cramer. Da es meist Socken waren, konnten wir diese gut anziehen, damit wir keine kalten Füße bekamen. Das aber war im vorigen Jahrhundert, und so sind „strikte“ grüne Ansichten eben manchmal von gestern. Das jedenfalls will der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky uns, den Neuköllner Grünen, einreden. Fühlt er sich doch als Wahrer und Hüter grün-fundamentaler Ideen. Wie bitte?

Der Reihe nach: Buschkowsky, ein Sozialdemokrat durch und durch, machte vor der letzten Wahl mit einer Forderung auf sich mehr als aufmerksam: Damit die Neuköllner Karl-Marx-Straße an Attraktivität gewinnen möge, solle man sie nachhaltig verkehrsberuhigen, ja in Teilen gar zur Fußgängerzone umgestalten! Die Grünen glaubten, der Bürgermeister wolle einen Scherz machen. Weit gefehlt. Es war dies eine ernsthafte Forderung, die nicht nur Eingang in den sozialdemokratischen Bezirkswahlkampf fand, sondern auch Bestandteil einer Nachwahl-Vereinbarung wurde, die SPD, Grüne und Linke eingingen, um erstens den Bezirksbürgermeister zu wählen und zweitens gemeinsam Verbesserungen für den Bezirk Neukölln anzustreben und auch umzusetzen.

Verkehrsberuhigung und Fußgängerzonen als deren höchste Vollendung waren immer grüne Kernforderungen. Dennoch kehrte Nachdenklichkeit beim Verfasser ein: Denn, wehe, wehe, wenn ich auf die Folgen sehe. Die Karl-Marx-Straße für den Verkehr sperren, hieße auch, den Verkehr in die Nebenstraßen, sprich in die Neuköllner Kieze leiten. Die ist nun für mich kein grünes Projekt! Und – Herr Bürgermeister Buschkowsky – es ist nicht „Weinerlichkeit“ oder „Bedenkenträgertum“, wenn Grüne ins Grübeln kommen, wenn es um die Schließung der Karl-Marx-Straße geht. Strikte grüne Ansichten sind eine Sache. Wohlergehen und Lebensqualität in den Kiezen der Nord-Neuköllner ist eine andere Sache, eine bessere! Meint: Jürgen Biele

Des Stachels bunte Seite

Eine tolle Idee: Mitmachzirkus Neukölln Modellprojekt für Neuköllner Kinder

„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ – so heißt ein Förderprogramm des Bundes und der Länder. Und wer wollte leugnen, dass der Bezirk Neukölln genau solche Stadtteile hat. Der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), Neuköllner Quartiersmanagement und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wollen gemeinsam Zukunftspotentiale und Entwicklungsmöglichkeiten für den Bezirk Neukölln schaffen. Und gemeinsam wissen sie auch, dass dies nur gelingen kann, wenn es auch gelingt, Kindern und Jugendlichen aus sogenannten bildungsfernen, sozial benachteiligten Familien Chancen zur Integration in die Gesellschaft bieten.

Als das Bezirksamt die Veranstaltung „300 Jahre Schloss Britz“ vorbereitete, hatte „Mit-Schlossherr“ Buschkowsky die Idee, im Rahmen dieser Veranstaltung eine Zirkusprojektwoche für sozial benachteiligte Kinder zu initiieren. Gesagt, getan: Da gab es doch einen kleinen Familienzirkus Mondeo, der schon seit Jahren immer mal wieder durch den Bezirk tingelt. Und der konnte für dieses Projekt gewonnen werden. Start war am 15. Mai 2006 und 380 Schülerinnen und Schüler der Neuköllner Herrmann-Nohl-Grundschule nahmen an dieser Zirkusprojektwoche teil.

Begeisterung

Mit viel Begeisterung wurden Grundkenntnisse in Artistik und Tierdressur verinnerlicht und das so Gelernte in drei Vorstellungen einem ebenso großen wie begeisterten Publikum präsentiert.

Dieser Erfolg machte den Beteiligten Appetit auf mehr. Es sollte ein längerfristiges Projekt aus dieser Einmal-



Zirkusdirektor Gerhard Richter mit zwei kleinen Clown-Helfern

durch Bereitstellung öffentlicher Mittel die Teilnahme am Projekt „Mitmachzirkus Neukölln“ ermöglicht. Mit von der Partie ist natürlich wieder der Familienzirkus Mondeo, der das Projekt zusammen mit dem Erlebniszirkus e.V. durchführt.

Im vergangenen Schuljahr 2006/2007 haben über 5000 Schülerinnen und Schüler von Neuköllner QM-Grundschulen am Mitmachzirkus ihren Spaß gehabt. Und wen wundert es, dass für das laufende Schuljahr fast



Die Stärksten ganz unten, die Kleinsten ganz oben - wie im richtigen Leben

alle Termine ausgebucht sind, und die positive Entwicklung hält sicherlich an...

Projektziele

Aber nicht nur der Spaß steht auf der Wunschliste der Projektbetreuer und -initiatoren: Stärkung des Selbstvertrauens, Förderung des Gemeinschaftsgefühls, Anregung zu Kreativität und nicht zuletzt auch Motivation zu mehr körperlicher Bewegung, das sind die Ziele dieses vorbildlichen Projektes. Auch der „Mitmachzirkus Neukölln“ gehört zu Neuköllns schönen Seiten...

jüb

Fotos: Christian Reister



Am Schluss der Vorstellung: Gruppenbild mit Kamelen, und Zirkusdirektor

Vorstellung entwickelt werden und das Bezirksamt Neukölln suchte nach Fördermöglichkeiten. Der Erfolg: Ein Modellprojekt „Mitmachzirkus Neukölln“ wurde als förderungswürdig anerkannt und durch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ beschlossen. Den vom Neuköllner Quartiersmanagement unterstützten Grundschulen wird nun



Der kleine Clown - müde vom Mitmachen, aber glücklich.

Joschkas Memoiren: Innenansichten rot-grüner Außenpolitik

Einen Einblick in die internationale Politik gibt der ehemalige grüne Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer in seinen politischen Erinnerungen »Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik vom Kosovo bis zum 11. September«. Trotz des Gewichts auf der Außenpolitik bleibt stets auch die innen- und parteipolitische Lage im Blick des Autors.



Damals war's ...

Berlin stimmt ab: Mietpreisbindung als Dauerrecht
Neuköllner Stachel Kostenlos
Zeitung der Alternativen Liste – Bezirksgruppe Neukölln

... vor 25 Jahren:

Im März 1983 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

Neuköllner AL-Abgeordnete zurückgetreten

Nach Redaktionsschluss erreichte die Bezirksgruppe der AL die Nachricht des Rücktritts der Neuköllner AL-Abgeordneten Ursula Schaar von diesem Amt; sie tritt gleichzeitig aus der Alternativen Liste aus und will in Zukunft im Landesverband der Grünen, deren Mitglied sie bereits seit langem war, verstärkt mitarbeiten. Als Hauptgrund führt sie an, für das Prinzip der Gewaltfreiheit keine Basis in der AL gefunden zu haben. Die Bezirksgruppe konnte den gesamten Vorgang nur noch mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. Es gibt unter den Mitgliedern der AL, ebenso wie bei den Grünen, zu einigen Problemen unterschiedliche Auffassungen; eine gemeinsame Politik war bisher möglich und muß auch weiter möglich sein. So haben auch Ursulas Auffassungen ihren Platz in der AL wie in der Bezirksgruppe. Dennoch muß überlegt werden, wie es zu einem solchen Schritt kommen konnte und wie die politische Arbeit in der AL so verbessert werden kann, daß das gemeinsame Anliegen vorgebracht wird trotz unterschiedlicher Ansichten, die es in einzelnen Fragen ja immer geben wird und die solidarisch ausgetragen werden müssen...



Der letzte Punkt

In einer Interview-Reihe der Berliner Zeitung wurde die grüne Abgeordnete Bilkay Öney kürzlich gefragt, was sie tun würde, wenn sie „Königin von Deutschland“ wäre. Ihre Antwort: Den 23. Mai als Nationalfeiertag einführen (Tag der Verfassung) und - aufgemerkt - das Zweiparteiensystem abschaffen, um die große Koalition zu verhindern! Bravo, endlich mal eine Politikerin, die sich selber abschaffen will. Denn wo wären wohl dann die Grünen?